

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Brigitte Freihold, Jan Korte,
Dr. Petra Sitte, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 19/1557 –**

Gedenken an den jüdischen Widerstand anlässlich des 75. Jahrestages der Aufstände im Warschauer Ghetto und den deutschen Vernichtungslagern Treblinka und Sobibor

Vorbemerkung der Fragesteller

In Jahr 2018 begeht die internationale Staatengemeinschaft den 75. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto vom 19. April 1943 sowie der Aufstände in den deutschen Vernichtungslagern Treblinka vom 2. August 1943 und Sobibor vom 14. Oktober 1943. Diese bewaffneten Erhebungen stellen – neben dem Aufstand des jüdischen Sonderkommandos in Auschwitz-Birkenau am 7. Oktober 1944 – die eindrucklichsten Beispiele des Widerstands durch Jüdinnen und Juden gegen den Nationalsozialismus und den Holocaust dar. Dabei sind sie nicht die einzigen, denn in den über 1 100 Ghettos im deutsch besetzten Osteuropa kam es zu zahlreichen Erhebungen gegen die Okkupanten (vgl. www.yadvashem.org/de/holocaust/about/combata-resistance.html, www.yadvashem.org/de/holocaust/about/combata-resistance/warsaw-ghetto.html, https://de.wikipedia.org/wiki/Aufstand_von_Treblinka, www.spiegel.de/einestages/kz-aufstand-sobibor-ausbruch-aus-dem-konzentrationslager-a-951287.html).

Die Massenmorde der Deutschen im besetzten Osteuropa, insbesondere die systematische Erschießung von schätzungsweise 55 000 bis 70 000 Jüdinnen und Juden in Ponary bei Wilna, die seit Ende 1941 in Betrieb genommenen deutschen Vernichtungslager und die ersten Aktionen zur gewaltsamen Auflösung bestehender Ghettos führten zu einer Konsolidierung des jüdischen Widerstandes. Daran hatten die Berichte von Überlebenden und entflohenen Häftlingen einen entscheidenden Anteil, weil sie die deutsche Vernichtung offenlegten. Jüdische Untergrundbewegungen wie die Ferajnjite Partizaner Organizacje (FPO) um Yitzhak Wittenberg und Abba Kowner in Wilna, die Żydowska Organizacja Bojowa (ŻOB) in Warschau oder die Partisanen- und Retterorganisation der Brüder Tuvia, Zusja, Asael und Aron Bielski in der Puszcza Nalibocka bei Nowogródek nahmen vielfältige Formen an und belegten, dass die Juden selbst zu den Waffen griffen, um sich zu verteidigen und die Deportationen in die Vernichtungslager zu verhindern (vgl. Hermann Langbein, ... nicht wie die Schafe

zur Schlachtbank, Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1980, S 271 ff. sowie Reuben Ainsztein, Jewish resistance in Nazi-occupied Eastern Europe. With a historical survey of the Jew as fighter and soldier in the Diaspora. Elek, London New 1974).

Zudem kämpften jüdische Kombattantinnen und Kombattanten an allen Fronten des Zweiten Weltkrieges. Es wird geschätzt, dass insgesamt 1,4 Millionen von ihnen in den Armeen der Anti-Hitler-Koalition dienten. Allein 200 000 jüdische Soldaten und Soldatinnen kämpften in den Reihen der Polnischen Streitkräfte an der West- und Ostfront, 500 000 gehörten den US-Streitkräften an und weitere 500 000 der Roten Armee, die die Hauptlast des Kampfes gegen Hitler-Deutschland trug. Besondere Erwähnung gebührt der spektakulären Befreiung eines Auschwitz-Transportes am 20. April 1943 durch jüdische Partisanen in Belgien, der Teilnahme an der Befreiung von Castres und Mazamet in den Pyrenäen 1944, der Verzögerung von Rommels Vorstoß auf Tobruk durch das Fort Bir Hakeim – mit einer größtenteils jüdischen Besatzung aus Palästina – oder dem Anschlag der Widerstandsgruppe um den jüdischen Kommunisten Herbert Baum am 18. Mai 1942 auf die NS-Propagandaausstellung „Das Sowjetparadies“ am Berliner Lustgarten (vgl. Jerzy Diatłowski (Redakcja), Żydzi w Walce 1939-1945, Janusz Roszkowski, Czyn Zbrojny Żydów, S. 14 ff.).

In Europa wurden Jüdinnen und Juden bereits lange vor der Deportation ihrer Bürgerrechte beraubt, materiell enteignet sowie einerseits aus dem Arbeitsleben ausgeschlossen und andererseits als Zwangsarbeiter ausgebeutet. Charakteristisch war, dass der Ermordung europäischer Juden eine minutiös geplante ökonomische Ausplünderung voranging. So belegt der „Finanz-Bericht über die Vernichtung der Juden in Polen“, den der SS-Gruppenführer Odilo Globocnik am 15. Dezember 1943 verfasste, dass NS-Deutschland allein in den Lagern der sog. Aktion Reinhardt von den Opfern mehr als 178 Mio. Reichsmark raubte (vgl. Golda Tencer, Fundacja Shalom, Pamięć, Historia Żydów Polskich przed, w czasie, i po Zagładzie, Barbara Engelking, Andrzej Żbikowski, Żydzi w Polsce 1939-1945, S. 132).

Im Zuge dieser „Aktion Reinhardt“ ermordeten die Deutschen und ihre Helfer zwischen März 1942 und November 1943 in den Vernichtungslagern Treblinka, Belzec und Sobibor planmäßig etwa 1,8 Millionen Menschen, vorwiegend polnische Juden. Das entspricht 89 Prozent der jüdischen Bevölkerung im besetzten Generalgouvernement und stellt den eigentlichen „Kern des Holocaust“ (vgl. Stephan Lehnstaedt: Der Kern des Holocaust: Belzec, Sobibor, Treblinka und die Aktion Reinhardt. C. H. Beck, München 2017) dar. Mindestens 90 000 Opfer stammen aus weiteren Gebieten des nationalsozialistischen Einflussbereichs. Sie wurden u. a. aus der Slowakei, dem sog. Protektorat Böhmen und Mähren, Österreich und den Niederlanden aber auch Deutschland selbst verschleppt; davon zwischen März und Juni 1942 alleine 50 000 aus dem sog. Altreich und den „angeschlossenen“ Gebieten. Viele Menschen starben bereits in den Transit-Ghettos, die als Vororte der Vernichtung eingerichtet wurden, und in den zahlreichen Zwangsarbeitslagern der sog. SS-Ostindustrie. In der Geschichtswissenschaft setzt sich inzwischen die Einschätzung durch, dass „Eine angemessene Sicht auf den Holocaust die Operation Reinhardt, den Mord an den polnischen Juden im Jahre 1942, in den Mittelpunkt der Geschichte rücken [müsste]“ (vgl. Timothy Snyder: Bloodlands: Europa zwischen Hitler und Stalin. C. H. Beck, München 2011, S. 261 ff.).

Zugleich kann die historische Bedeutung des jüdischen Widerstandes nach Auffassung der Fragesteller kaum überschätzt werden: Der Aufstand im Warschauer Ghetto im April 1943 stellt die erste bewaffnete Erhebung gegen die deutschen Besatzer im urbanen Raum überhaupt dar. Veranlasst von den mörderischen Bedingungen im Ghetto und den Deportationen in die deutschen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ bildete sich im Herbst 1942 die Jüdische

Kampforganisation (ŻOB), deren Mitglieder – Zionisten, Kommunisten und Bundisten – der Kampf für ihre menschliche Würde einte (vgl. www.zeit.de/wissen/geschichte/2013-04/warschauer-ghetto-aufstand-widerstand).

Obwohl es ihnen an Waffen und einer militärischen Ausbildung mangelte, erkämpften sie erstmals eine zeitweilige Einstellung der Deportationen. „Zum ersten Mal bricht der Nimbus vom unantastbaren, allmächtigen Deutschen zusammen. Zum ersten Mal gewinnt die jüdische Bevölkerung die Überzeugung, es sei möglich, trotz der deutschen Stärke, etwas gegen die Absichten der Deutschen zu unternehmen“, erinnerte sich Marek Edelman, eines der führenden Mitglieder der ŻOB, unmittelbar nach Kriegsende (www.zeit.de/wissen/geschichte/2013-04/warschauer-ghetto-aufstand-widerstand).

Beflügelt von den Nachrichten des Aufstandes im Warschauer Ghetto folgten Aufstände in zwei der drei Mordstätten der „Aktion Reinhardt“, Treblinka und Sobibor, die einander im Ablauf ähneln. Nachdem zahlreiche Versuche gescheitert waren, gelang am 2. August 1943 in Treblinka bis zu 250 Häftlingen und am 14. Oktober 1943 in Sobibor bis zu 320 Häftlingen der Massenausbruch. Die Häftlinge versuchten nicht nur, ihr Leben zu retten, sondern ihre Würde wiederherzustellen. Ziel war es, die Vernichtungsinstallationen zu beschädigen und die freie Welt zu alarmieren. Obwohl die Mehrzahl der Entflohenen von ihren Verfolgern ermordet wurde oder anderweitig ums Leben kam, konnten sich einige den Partisanen anschließen. Ihre Berichte von der „Aktion Reinhardt“ erreichten noch während des Krieges die Alliierten und wurden im Untergrund verbreitet (vgl. Hermann Langbein, ... nicht wie die Schafe zur Schlachtbank, Widerstand in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern, Fischer Taschenbuch Verlag GmbH, Frankfurt am Main, 1980, S. 271 ff.; Arno Lustiger, Zum Kampf auf Leben und Tod! Vom Widerstand der Juden in Europa 1933-1945, Kiepenheuer&Witsch, Köln 1994, S. 208 ff.).

Diese Geschichte des jüdischen Widerstands ist auf der Landkarte der europäischen Historiographie noch immer nur inselhaft erforscht. Angesichts des systematischen Völkermords musste der bewaffnete jüdische Widerstand unter Extrembedingungen stattfinden und besondere Formen annehmen. Die Tapferkeit, die er erforderte, und die Verzweiflung, die in ihm zum Ausdruck kommt, werden bis heute bagatellisiert. Es wird beispielsweise vergessen, dass Jüdinnen und Juden, die der Massenvernichtung entfliehen konnten, nur sehr selten Hilfe bei der Landbevölkerung und oft auch keine wohlwollende Aufnahme in den Partisaneneinheiten fanden, die in Polen oder der Sowjetunion gegen die deutschen Besatzer kämpften. Nicht wenige wurden gar von Antisemiten und Nationalisten ermordet. Selbst jüdische Widerstandskämpfer wurden mit Ressentiments und Stereotypen konfrontiert, die auf jahrhundertealten antisemitischen Traditionen in Europa fußten (vgl. Gołda Tencer, Fundacja Shalom, Pamięć, Historia Żydów Polskich przed, w czasie, i po Zagładzie, Barbara Engelking, Andrzej Żbikowski, Żydzi w Polsce 1939-1945, S. 144 ff.).

Die Erinnerung an die Vernichtung von sechs Millionen Jüdinnen und Juden, aber auch die Erforschung des jüdischen Widerstandes, namentlich der Aufstände in den deutschen Ghettos und Vernichtungslagern, bieten zentrale Ansatzpunkte für Gedenken und internationale Begegnungen. Das Bewahren der Erinnerung bildet eine universelle Menschheitsverpflichtung, die im Geiste des internationalen Dialogs und der Zusammenarbeit für die nächsten Generationen durch langfristige und finanziell gesicherte Maßnahmen gewährleistet werden muss. Nach Ansicht der Fragesteller ist es dringend erforderlich, Lehrkräfte sowie Akteure der Jugendbildung und der Zivilgesellschaft durch Fortbildungen vor Ort auf die Durchführung internationaler Erinnerungspolitischer Projekte vorzubereiten, um so das Wissen und die universellen Lehren des Widerstands im Kampf gegen Rassismus und Gewaltherrschaft weiterzugeben.

Vorbemerkung der Bundesregierung

Die Bundesregierung setzt sich auf vielfältige Weise dafür ein, an die Opfer des Holocaust, des nationalsozialistischen Rassenwahns und Völkermordes zu erinnern und der Millionen Menschen zu gedenken, die durch das nationalsozialistische Regime entrechtet, verfolgt, gequält und ermordet wurden. Die Förderung der Erinnerungsarbeit ist Aufgabe nicht nur der Bundesregierung, sondern auch von Ländern und Kommunen. Sie wird in Deutschland getragen von einer Vielzahl öffentlich geförderter Gedenkstätten und Geschichtsmuseen sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen. Wegen der dezentralen Strukturen der Erinnerungsarbeit ist eine umfassende Übersicht der in der Kleinen Anfrage thematisierten Maßnahmen nicht möglich.

Im Rahmen ihrer Fördermaßnahmen unterstützt die Bundesregierung regelmäßig Veranstaltungen in Themenbereichen wie Antisemitismusprävention, Erinnerungskultur oder Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Hier sind auch Programmpunkte zu spezifischen Themen wie z. B. Vernichtungslagern oder „jüdischer Widerstand“ enthalten.

Nach den Prinzipien der Theresienstädter Erklärung vom 30. Juni 2009 und der Stockholmer Erklärung, dem Gründungsdokument der Internationalen Allianz für Holocaust-Gedenken, ist jeder Staat selbst für den Erhalt von Gedenkstätten und würdiges Gedenken innerhalb der jeweiligen Staatsgrenzen verantwortlich. Vor diesem Hintergrund stimmt sich die Bundesregierung eng mit den jeweiligen Regierungen ab, was die Pflege der Erinnerungskultur in ehemaligen Besatzungsgebieten anbelangt.

1. Welche konkreten erinnerungspolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem 75. Jahrestag des Aufstandes im Warschauer Ghetto angemessen zu gedenken (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auflisten)?
2. Welche konkreten erinnerungspolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem 75. Jahrestag des Aufstandes im deutschen Vernichtungslager Treblinka angemessen zu gedenken (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auflisten)?
3. Welche konkreten erinnerungspolitischen Maßnahmen plant die Bundesregierung, um dem 75. Jahrestag des Aufstandes im deutschen Vernichtungslager Sobibor angemessen zu gedenken (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auflisten)?

Die Fragen 1 bis 3 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung unterstützt autonom agierende Gedenkstätten, Museen und Erinnerungsorte, die das Gedenken und Erinnern auf wissenschaftlicher Grundlage umfassend gestalten.

Die Gedenkstätte Deutscher Widerstand stellte am 19. April 2018 (dem Jahrestag des Warschauer Ghettoaufstands) den 2018 erstmals in deutscher Sprache veröffentlichten Bericht von Aleksandr Petscherski über den Aufstand im Vernichtungslager Sobibór vor. Eine kleine Gruppe von Gefangenen um Petscherski hatte in den Wochen vor dem Aufstand den Plan gefasst, alle Gefangenen zu befreien und sie damit vor dem sicheren Tod zu bewahren. Die Buchvorstellung durch Ingrid Damerow wurde ergänzt durch einen Vortrag von Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt (Touro College Berlin) über das Vernichtungslager Sobibor sowie durch eine Lesung aus Petscherskis Bericht.

Nach Kenntnis der Bundesregierung bestehen bei den geförderten Einrichtungen in Deutschland keine besonderen Planungen anlässlich des 75. Jahrestages des Aufstandes im deutschen Vernichtungslager Treblinka.

Einladungen polnischer Einrichtungen zu entsprechenden Veranstaltungen in Polen nimmt die Bundesregierung in angemessener Form wahr. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der deutschen Auslandsvertretungen in Polen nehmen regelmäßig an Gedenkveranstaltungen teil.

Die Auseinandersetzung mit dem Holocaust ist ein Hauptthema in der historisch-politischen Bildungsarbeit der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB). Entsprechend besteht ein umfassender Katalog an Print- und Multimediaangeboten, Veranstaltungen und Gedenkstättenarbeit, in denen die Aufstände im Warschauer Ghetto, Treblinka und Sobibór umfassend behandelt und abgebildet sind, insbesondere im Rahmen des Projektes „Im Schatten von Auschwitz“ (auf die Antwort zu Frage 6a wird verwiesen).

Die Aufstände im Warschauer Ghetto, Treblinka und Sobibór werden in den folgenden Angeboten der Bundeszentrale für politische Bildung thematisiert:

Schriftenreihen-Band (Sonderausgabe): Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt (erscheint in Kürze) Autor: Stephan Lehnstaedt; Haushaltsmittel: 12 343,48 Euro

Schriftenreihen-Band (Sonderausgabe): „Bericht über den Aufstand in Sobibor“ (in Planung für 2018), Autor: Aleksandr Petscherski, Haushaltsmittel: ca. 10 000 Euro.

4. Welche konkreten Maßnahmen unternahm die Bundesregierung seit 2008, um gemeinsame deutsch-polnische Forschungen und den wissenschaftlichen Austausch zwischen beiden Staaten zum Thema „Aktion Reinhardt“ zu fördern bzw. zu unterstützen (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auflisten)?
 - a) Welche konkreten Forschungen zum Thema „Aktion Reinhardt“, sowohl in Bezug auf die Opfer als auch auf die Täter, werden von der Bundesregierung gefördert bzw. unterstützt?
 - b) Inwieweit werden diese Projekte von interprofessionellen bzw. interdisziplinären Teams durchgeführt?
 - c) Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass neben staatlichen deutschen und polnischen Institutionen auch jüdische Institutionen in den beiden Ländern daran beteiligt werden?
 - d) Welche konkreten Projekte und Träger werden bei der Übersetzung und Publikation von historischen Zeugnissen zum Thema „Aktion Reinhardt“ aus der polnischen und jiddischen Sprache gefördert bzw. unterstützt?

- e) Welche konkreten Forschungsprojekte zum Thema „Aktion Reinhardt“ will die Bundesregierung künftig fördern bzw. initiieren?
- f) Welchen Stellenwert nimmt dabei das Memorandum des Sachverständigenrates Berlin-Wannsee vom 7. April 2017 (vgl. <http://whc.unesco.org/document/158804>) ein?

Die Fragen 4 bis 4f werden zusammen beantwortet.

Die Gedenkstättenkonzeption des Bundes, auf deren Grundlage die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien die Aufarbeitung des Nationalsozialismus fördert, sieht keine Förderung von Forschungsprojekten im engeren Sinne vor. Anlassbezogen werden internationale Forschungsprojekte und -konferenzen aus Bundesmitteln gefördert.

Das Auswärtige Amt hat 2017 eine internationale Konferenz mit dem Titel „Aktion Reinhardt – Wissenschaft, Gedenken und Erinnerung im deutsch-polnischen Kontext“ mit einem Betrag von 50 000 Euro gefördert, die vom Deutsch-Jüdischen Touro College Berlin gGmbH, vertreten durch Prof. Dr. Stephan Lehnstaedt, ausgerichtet wurde. Ziel der Konferenz war die Vernetzung und Koordinierung der deutschen und polnischen Erinnerungs-, Gedenk- und Forschungslandschaft zur sogenannten „Aktion Reinhardt“.

Die Bundeszentrale für politische Bildung plant die Unterstützung der internationalen Holocaust-Konferenz „Lessons & Legacies Europe“ mit dem Ziel der transnationalen Auseinandersetzung und Verzahnung der Forschung aus West- und Osteuropa (geplant 2019) mit einem Betrag von 30 000 Euro in diesem und 113 500 Euro im nächsten Jahr (2019).

- 5. Welche konkreten Maßnahmen unternahm die Bundesregierung seit 2008, um das Wissen um den Widerstand von Jüdinnen und Juden gegen den Holocaust in Deutschland zu fördern bzw. zu unterstützen (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auflisten)?
 - a) Welche konkreten Maßnahmen unternahm die Bundesregierung seit 2008, um gemeinsame deutsch-polnische Forschungen und den wissenschaftlichen Austausch zwischen Polen und Deutschland zum Thema jüdischer Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu unterstützen (bitte nach finanziellem Beitrag und beteiligten Stellen auf beiden Seiten auflisten)?
 - b) Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass neben staatlichen deutschen und polnischen Institutionen auch jüdische Institutionen in den beiden Ländern daran beteiligt werden?
 - c) Welche konkreten Forschungsprojekte zum Widerstand von Jüdinnen und Juden gegen den Nationalsozialismus will die Bundesregierung künftig fördern bzw. initiieren?

Die Fragen 5 bis 5c werden zusammen beantwortet.

Die Erinnerung an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus ist integraler Bestandteil der Arbeit der bundesgeförderten Gedenkstätten in Deutschland, insbesondere in der Gedenkstätte Deutscher Widerstand. In ihrer Dauerausstellung ist der Themenbereich 17 dem Widerstand von Juden gewidmet. Eine thematische Einführung, verbunden mit 18 exemplarischen Biographien und entsprechenden Literaturhinweisen findet sich unter: www.gdw-berlin.de/vertiefung/themen/171-widerstand-von-juden/.

Zudem finden in der Gedenkstätte regelmäßig Tagungen und Workshops zum Thema Widerstand von Juden statt. Die Gedenkstätte ist Herausgeber zahlreicher Publikationen zum Forschungsbereich „Selbsthilfe, Selbstbehauptung und Widerstand von Juden“. Die Zusammenarbeit mit ausländischen Kooperationspartnern kennzeichnet die gesamte Arbeit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand wie auch aller anderen Einrichtungen zur Aufarbeitung des Nationalsozialismus.

Die Planungen für die zukünftige Förderung von Forschungsprojekten zum Widerstand von Juden gegen den Nationalsozialismus sind noch nicht abgeschlossen.

6. Was unternimmt die Bundesregierung, um die Vermittlung entsprechender Forschungsergebnisse an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in der politischen Bildung sowie Schulen und innerhalb der Zivilgesellschaft sicherzustellen (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?
 - a) In welcher Form fördert die Bundesregierung den Austausch zwischen Wissenschaft, Gedenkstätten, Schulen und Öffentlichkeit mit Bezug zur „Aktion Reinhardt“?
 - b) In welcher Form fördert die Bundesregierung den Austausch zwischen Wissenschaft, Gedenkstätten, Schulen und Öffentlichkeit mit Bezug zum jüdischen Widerstand gegen den Nationalsozialismus ?
 - c) Welche Bemühungen unternimmt die Bundesregierung, um neben der musealen und didaktischen Vermittlung im Rahmen internationaler Jugendbegegnungs-, Bildungs-, und Erinnerungsarbeit auch fachwissenschaftliche Expertise zu berücksichtigen?
 - d) Inwieweit bezieht die Bundesregierung neben staatlichen auch nichtstaatliche deutsche sowie polnische und jüdische Institutionen ein?
 - e) Wie stellt die Bundesregierung sicher, dass auch eine Beteiligung der jüdischen Zivilgesellschaft gewährleistet wird?

Die Fragen 6 bis 6e werden zusammen beantwortet.

Alle von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) geförderten Gedenkstätten und Erinnerungsorte legen großen Wert auf eine qualifizierte Vermittlungsarbeit. Die BKM wird die Förderung dieser wichtigen historisch-politischen Bildung im Sinne des aktuellen Koalitionsvertrages engagiert vorantreiben. Mit den Formen des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus befasst sich die pädagogische Arbeit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und der ihr zugehörigen Gedenkstätte „Stille Helden“ und der Museums-Blindenwerkstatt-Otto-Weidt. Die wissenschaftliche Arbeit, die Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit sind Bestandteil der Gedenkstättenarbeit und können nicht als Einzelprojekte bzw. isoliert voneinander betrachtet werden.

Das Auswärtige Amt fördert seit 2008 Sommerakademien der Organisation „CENTROPA – Zentrum zur Erforschung und Dokumentation jüdischen Lebens in Ost- und Mitteleuropa“ für Pädagogen und Bildungsmultiplikatoren aus 15 Ländern (in mittel- und osteuropäischen Städten) mit Haushaltsmitteln i. H. v. insgesamt ca. 115 000 Euro. Eine Übersicht bietet nachstehende Tabelle:

Haushaltsjahr:	Fördersumme in Euro:
2008	10.000
2009	5.000
2010	8.000
2012	10.000
2014	16.000
2015	21.000
2016	21.000
2017	24.000

Die Bundeszentrale für politische Bildung führte im Mai 2016 eine zehntägige Exkursion (Haushalts-Mittel: 70 920,57 Euro) mit Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Arbeitsfeldern Wissenschaft und Gedenkstätten durch mit dem Ziel, in Deutschland weniger bekannte Orte nationalsozialistischer Massenmorde ins Blickfeld der Öffentlichkeit zu rücken. Besucht wurden in diesem Rahmen unter anderem die drei ehemaligen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ (Sobibór, Treblinka, Belzec), das Konzentrations- und Vernichtungslager Majdanek sowie der ehemalige Sitz des Stabs der „Aktion Reinhardt“ in Lublin. Vor Ort wurden jeweils Gespräche mit Expertinnen und Experten geführt. Im Rahmen der Exkursion konnten sich Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland mit den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Gedenkstätten an den ehemaligen Vernichtungslagern vernetzen.

Die während der Exkursion gewonnenen Eindrücke, Erkenntnisse und das Wissen wurden im Herbst 2017 in Form des Zeitbilder-Bandes „Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine: begegnen, erinnern, lernen“ (Haushaltsmittel 2017/2018: 198 000 Euro) publiziert. Eine Umsetzung der Papierausgabe als E-Book ist für 2018 in Planung.

Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltete vom 20. bis 21. November 2017 in Berlin die Fachtagung „Im Schatten von Auschwitz – Planen von Studienfahrten zu fast vergessenen Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen“ (Haushaltsmittel 2017: 10 336,50 Euro; 2018: 5 000 Euro). Hier wurde der o. g. Zeitbilder-Band bei den Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Deutschland vorgestellt, die konkreten pädagogischen Möglichkeiten mit und an den „vergessenen“ Orten des Holocaust vorgestellt und diskutiert. Erstmals wurde bei der Tagung die im Rahmen der Exkursion entstandene Wanderausstellung präsentiert, die 2018 kostenlos bei der Bundeszentrale für politische Bildung ausgeliehen werden kann. In Kürze erscheint die Publikation „Der Kern des Holocaust. Belzec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt“ (Haushalts-Mittel: 12 343,48 Euro).

Die Bundeszentrale für politische Bildung hat vom 15. bis 17. Oktober 2017 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Mapping Memories“ die internationale Fachkonferenz „Babyn Jar und weitere „vergessene“ Orte des Holocaust“ (Haushaltsmittel: 145 000 Euro; beteiligte Stellen: unter anderem Jüdischer Weltkongress/„The Association of Jewish Organizations and Communities“ (VAAD), Ukraine, „Department of Jewish History and Culture“, „Ukrainian Jewish Encounter“) in Kiew (Ukraine) durchgeführt. Die Fachkonferenz hatte zum Ziel, einen Überblick über den Forschungsstand, über Geschichtsdiskurse und aktuelle Konfliktlinien in geschichtspolitischen Debatten zu geben, sowie die Vernetzung

und Austausch der Akteure im Bereich Erinnerungsarbeit in Osteuropa zu fördern. Um explizit den Austausch zwischen Wissenschaft und Aktiven in der historischen Bildung und Erinnerungsarbeit zu fördern, ging der Fachkonferenz eine zweitägige „Mapping Memories-Pre-Conference“ voraus vom 13. bis 15. Oktober 2017 (Haushaltsmittel: 99 950 Euro), die Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der Erinnerungs- und Bildungsarbeit zum praxisnahen Diskurs zusammenbrachte, um Methodenexpertise auszutauschen, Projekte transnational zu vernetzen und Fragen an die Wissenschaft zu formulieren.

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet in ihrer „Schriftenreihe“ regelmäßig aktuelle und einschlägige Fachliteratur für ein breites Publikum an: Derzeit erhältlich ist etwa von Nikolaus Wachsmanns „KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager“ (Haushaltsmittel: 35 888,70 Euro). Weiterhin unterstützt die BpB Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historischen Bildungsarbeit regelmäßig durch ihren Spezialverteiler „Erinnerungskultur/Gedenkstätten(arbeit)“ mit aktueller Fachliteratur zur Thematik.

Die multimedialen Online-Dossiers der Bundeszentrale für politische Bildung „Gerettete Geschichten“ (www.bpb.de/gerettete-geschichten, Basis ist Dokumentation von CENTROPA, das Storytelling-Projekt des Leo-Baeck Instituts „1938“ (Haushalts-Mittel: 78 806,63 Euro, in Kürze unter www.bpb.de/1938 veröffentlicht) sowie die DVD-ROMs „Zeugen der Shoah“ (Haushaltsmittel: 44 168,23 Euro; beteiligte Stellen: Freie Universität Berlin, Archiv des „USC Shoah Foundation Institute“) bieten einen digitalen Zugang auf Basis fachwissenschaftlicher Expertisen. Die Bundeszentrale für politische Bildung veröffentlichte zudem im Online-Dossier „Geheimsache Ghettofilm“ (Haushaltsmittel: 88 345,27 Euro) den Film der israelischen Regisseurin Yael Hersonski ergänzt um Informationen zu seiner Entstehung und zur Geschichte des Warschauer Ghettos – darunter Kommentare und Analysen von Historikerinnen und Historikern, Filmexpertinnen und -experten, Archivarinnen und Archivaren sowie Bildergalerien und Zeitzeugenberichte. Außerdem finden Lehrkräfte didaktisches Material, das zentrale Aspekte des Films aufgreift und für den Unterricht aufbereitet.

7. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung seit 2008, um die Bemühungen der polnischen Seite zur Schaffung einer nachhaltigen Infrastruktur für Bildungs-, Begegnungs- und Erinnerungsarbeit an den historischen Orten, namentlich den Gedenkort Treblinka, Belzec und Sobibor (vgl. www.mkidn.gov.pl/pages/posts/niemcy-wiceminister-gawin-o-wspolnym-upamietnieniu-ofiar-b-niemieckich-nazistowskich-oboow-7030.php?searchresult=1&string=Reinhardt), zu unterstützen (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?
8. Welche konkreten Projekte hat die Bundesregierung seit 2008 zur Förderung einer Stärkung der pädagogischen Infrastruktur in Majdanek, Belzec und Sobibor als Lernorte unter Einbeziehung bereits vorhandener zivilgesellschaftlicher Projekte und Zusammenarbeit mit den zuständigen polnischen Gedenkstätten, namentlich des Staatlichen Museums Majdanek und seiner Abteilungen in Sobibor und Belzec sowie dem Regional-Museum in Siedlce mit seiner Abteilung in Treblinka, durchgeführt (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?

Die Fragen 7 und 8 werden zusammen beantwortet.

Die Bundesregierung steht seit dem Jahr 2012 mit der polnischen Regierung über einen finanziellen Beitrag zur Neugestaltung der Gedenkstätte Sobibór in Kontakt. Es sind Mittel in Höhe von 1 Mio. Euro im Haushalt des Auswärtigen Amts

zur Finanzierung der geplanten multimedialen Dauerausstellung der Gedenkstätte eingestellt.

Im Juli 2015 zeigte das Auswärtige Amt in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur und Nationales Erbe der Republik Polen die Ausstellung „Sobibór – ein unsterblicher Beweis“, die von der Stiftung „Polnisch-Deutsche Aussöhnung“ in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Museum Majdanek entwickelt wurde.

9. Welchen Beitrag leistet die Bundesregierung, um die Bemühungen der polnischen Seite bei der Erschließung der verbliebenen historischen Substanz der ehemaligen deutschen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“, namentlich der Gedenkorte Treblinka, Belzec und Sobibor, zu unterstützen?

Der Bundesregierung liegt keine Unterstützungsbitte der polnischen Seite zur Erschließung der historischen Substanz vor.

10. Wie will die Bundesregierung die Einbeziehung der sog. Transit-Ghettos wie Izbica, Piaski, Włodawa oder Szczuczyn u. a. bei der Durchführung von internationaler Jugendbegegnungs-, Bildungs-, und Erinnerungsarbeit sicherstellen und dabei der besonderen geographischen Lage in der Grenzregion zur Ukraine und Belarus Rechnung tragen?

Für 2018 ist der im Verlag Metropol erschienene Band „Das Transitghetto Izbica im System des Holocaust“ von Steffen Hänschen für den Spezialverteiler „Erinnerungskultur/Gedenkstätten(arbeit)“ der Bundeszentrale für politische Bildung eingeplant. Dieser richtet sich an Gedenkstätten und andere Institutionen sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der historisch-politischen Bildung.

11. Welche konkreten Träger und Projekte werden seit 2008 von der Bundesregierung gefördert bzw. unterstützt, um in internationaler Zusammenarbeit und unter der rabbinischen Aufsicht archäologische Forschungen im Zusammenhang mit der „Aktion Reinhardt“ durchzuführen (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?

Der Bundesregierung sind keine entsprechenden Förderanfragen zur archäologischen Forschung im Zusammenhang mit der „Aktion Reinhardt“ bekannt.

12. Welche konkreten Bildungsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Identifizierung von Grabstätten der Opfer der „Aktion Reinhardt“, insbesondere jene, die sich an die lokale Bevölkerung des jeweiligen Erinnerungsortes richten, unterstützte die Bundesregierung, und welche landesweiten bzw. europaweiten Informations- und Bildungsmaßnahmen wurden dabei gefördert (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?

Die Bundesregierung unterstützt über das Auswärtige Amt seit 2009 die Arbeit der Organisation „Yahad-In Unum“, die über die Bearbeitung von Archivmaterial und Zeitzeugeninterviews Orte jüdischer Massenermordungen, unter anderem auch im Zusammenhang mit der „Aktion Reinhardt“, identifiziert und forensische Beweise sammelt, mit einer Förderung in Höhe von bisher insgesamt ca. 3,6 Mio. Euro. Dazu arbeiten internationale Teams aus Vertreterinnen und Vertretern verschiedener Disziplinen zusammen.

13. Welche konkreten Projekte und Träger werden seit 2008 von der Bundesregierung gefördert bzw. unterstützt, welche auf Basis einer historischen gedenkpolitischen Perspektive insbesondere den deutsch-polnischen Austausch von Lehrkräften ermöglichen sollen, die zum Thema der sog. Aktion Reinhardt zusammenarbeiten wollen?

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien hat 2017 ein Projekt des Vereins „Erinnern für die Zukunft“ – Trägerverein des Hauses der Wannsee-Konferenz e. V. zu Deutsch-Polnischen Lehrerbegegnungen gefördert, das sich unter anderem mit der nationalsozialistischen Besatzung sowie der Verfolgung und Ermordung der jüdischen Bevölkerung im sogenannten Distrikt Lublin beschäftigte.

Seit 2008 fördert das Auswärtige Amt die Erstellung des auf vier Bände geplanten deutsch-polnischen Geschichtsschulbuchs. Zwei Bände sind bereits fertiggestellt. Das Buch soll im Geschichtsunterricht in Schulen beider Länder eingesetzt werden. Darüber hinaus ist von Bedeutung, dass dieses Projekt deutsche und polnische Historikerinnen und Historiker zusammenbringt, die eine gemeinsame Perspektive auch für die schwierigen Phasen der deutsch-polnischen Geschichte entwickeln.

14. Welche Hinweise hat die Bundesregierung auf Pilotprojekte in der Bundesrepublik Deutschland zur Fortbildung von Lehrkräften sowie Akteuren der politischen Bildung und der Zivilgesellschaft, um sie zur Durchführung internationaler Jugendbegegnungs-, Bildungs-, und Erinnerungsarbeit zu befähigen, und welchen Beitrag leistet die Bundesregierung dazu (vgl. entsprechende Bemühungen am Erinnerungs- und Lernort „Alter Schlachthof“ in Düsseldorf, vgl. www.erinnerungsort-duesseldorf.de/projekt/20-projekte/140-vergessene-orte-des-holocaust-in-ostpolen-auf-den-spuren-der-deportationen-in-den-distrikt-lublin-im-fr%C3%BCjahr-1942-29-04-%E2%80%93-04-05-2017)?

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend fördert den internationalen Jugendaustausch, der durch freie Träger der Kinder- und Jugendarbeit durchgeführt wird. In diesem Rahmen werden auch Maßnahmen angeboten, die Akteure der Zivilgesellschaft zur Durchführung von internationalen Jugendbegegnungs-, Bildungs- und Erinnerungsarbeit befähigen.

15. In welcher Form und mit welchem finanziellen Beitrag beteiligt sich die Bundesregierung an den Bemühungen des sog. Steering Committee of the international project of establishing the new Museum-Memorial Site within the area of the former Nazi German extermination camp Sobibor, ein würdiges Gedenken an die Opfer des deutschen Vernichtungslagers Sobibor zu gewährleisten (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 8 wird verwiesen.

16. Was unternimmt die Bundesregierung, um deutsche und internationale Mittler-Organisationen sowie im deutsch-polnischen Versöhnungs- und Erinnerungsprozess aktive zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland und Polen, die konkret zum Thema „Aktion Reinhardt“ bzw. jüdischer Widerstand arbeiten, zu unterstützen (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auflisten)?

Auf die Antworten zu den Fragen 4 und 5 wird verwiesen.

17. In welcher Form beteiligt sich die Bundesregierung an den Bemühungen zur Erschließung, Einbeziehung bzw. der Erweiterung der pädagogischen Räume, insbesondere für das 2004 errichtete Museum Belzec (z. B. durch Erschließung der ehem. Kommandantur des deutschen Vernichtungslager Belzec) und andere Gedenkstätten der ehemaligen deutschen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“, um diese für die internationale Jugendbegegnungs-, Bildungs-, und Erinnerungsarbeit nutzbar zu machen (bitte konkrete Projekte seit 2008, Finanzvolumen und beteiligte Stellen auf beiden Seiten auflisten)?

Auf die Antwort zu Frage 8 (Gedenkstätte Sobibór) wird verwiesen. Weitere Anfragen zur Erschließung, Einbeziehung bzw. der Erweiterung der pädagogischen Räume in Belzec und anderen Gedenkstätten der ehemaligen deutschen Vernichtungslager der „Aktion Reinhardt“ liegen der Bundesregierung nicht vor.

18. In welcher Form und mit welchem finanziellen Beitrag beteiligt sich die Bundesregierung an den Bemühungen zur Sanierung der bestehenden Infrastruktur der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Treblinka?

Der Bundesregierung liegt keine Anfrage der polnischen Seite zur Unterstützung der Sanierung der bestehenden Infrastruktur der Gedenkstätte des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Treblinka vor.

19. Was unternimmt die Bundesregierung, um Zeugenberichte und Erinnerungen von Überlebenden, wie den vierbändigen Sammelband „Juden im Kampf“ (orig.: „Żydzi w walce“), welcher von der Vereinigung der Jüdischen Kombattantinnen und Kombattanten und Geschädigten des Zweiten Weltkrieges (Stowarzyszenie Żydów Kombatantów i Poszkodowanych w II Wojnie Światowej) mit Sitz in Warschau herausgegeben wurde, ins Deutsche zu übersetzen und Interessierten in der politischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland zugänglich zu machen?

Auf die Antwort zu Frage 1 wird verwiesen.

20. Erwägt die Bundesregierung eine Form des Gedenkens zu finden, durch welche der Erinnerung an den besonderen Beitrag des jüdischen Widerstandes, und darin den besonderen Anteil der Frauen bei der Befreiung vom Nationalsozialismus, durch entsprechende erinnerungspolitische Maßnahmen (z. B. durch ein entsprechendes Denkmal) Rechnung getragen werden könnte?

Die Bundesregierung ist sich ihrer erinnerungspolitischen Verantwortung bewusst und fördert zahlreiche Gedenkstätten und Erinnerungsorte, die der Öffentlichkeit nicht nur Zugang zu wissenschaftlichen historischen Erkenntnissen vermitteln, sondern auch Möglichkeiten bieten, der Opfer zu gedenken. Die von ihr geförderten Gedenkstätten und angeschlossenen Einrichtungen beziehen den Widerstand von Juden nicht nur in Deutschland in ihre Arbeit ein und bekennen sich so zu seiner besonderen Bedeutung. Es wird zudem auf die Antwort zu Frage 5 verwiesen.

Bei der Entscheidung über die Errichtung eines Denkmals zum Widerstand von Juden kommt aus Sicht der Bundesregierung dem Deutschen Bundestag eine maßgebliche Rolle zu. Der Errichtung des Denkmals für die ermordeten Juden

Europas, des Denkmals für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen sowie des Gedenk- und Informationsorts für die Opfer der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde lagen entsprechende Beschlüsse des Deutschen Bundestages zugrunde.

